

## „Die Leistungen der CDU können sich sehen lassen“

Parlamentarische Opposition hat in unserem Regierungssystem zwei Aufgaben wahrzunehmen: Wirksame Kontrolle des Exekutivhandelns der Landesregierung und das Aufzeigen sachlicher und persönlicher Alternativen zu den politischen Aussagen und Personen auf Regierungsseite. Die CDU-Landtagsfraktion ist beiden Pflichten auch in der 8. Wahlperiode des Parlaments voll gerecht geworden.

Die CDU kontrolliert die SPD/F.D.P.-Landesregierung der Skandale. Die jetzige Landesregierung hat durch eine Fülle peinlicher Affären und Versagensfälle der oppositionellen Kontrolltätigkeit ein weites Aufgabenfeld aufgezogen.

Schon während des Wahlkampfes 1975, dann auch bei der Bundestagswahl 1976 wurde rechtswidrig und mit hohen Kosten für den Steuerzahler Regierungspropaganda betrieben, die die CDU rügen mußte. Damit wurde u.a. seinerzeit die berüchtigte „Aufschwunglüge“ verbreitet. Unter Beratung durch den Landesrechnungshof hat die CDU diese Regierungsaktivität überprüft und ist nachträglich in ihrer Rechtsauffassung durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 vollinhaltlich bestätigt worden. Dennoch setzte die Regierung ihre Rechtsverstöße beim Volksbegehren gegen die Koop-Schule fort und hat in jüngster Zeit im Blick auf die kommende Landtagswahl verbotswidrig durch ihre Gesamtschul-Veröffentlichung weitere Propaganda vorbereitet.

Beim Skandal um das Klinikum Aachen hat die CDU 1976 ihren Antrag aus 1972 zur Auflösung der Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft wiederholt, was zur Auflösung der Gesellschaft durch Gesetzesbeschluß führte. Der von uns erwungene Untersuchungsausschuß deckte zahlreiche Mängel in Planung, Bau und beteiligten Organisationsstrukturen auf. Seine Ergebnisdebatte im November 1979 stellte die Regierung und besonders den Ministerpräsidenten bloß. Da Konsequenzen seitens der Regierung ausblieben, stellte die CDU im Januar 1980 einen entsprechenden Antrag. Seine Verabschiedung wird leider verschleppt.

Durch den ebenfalls von der CDU erwungenen Untersuchungsausschuß um Vorgänge bei der West-LB wurde ein Fehlverhalten mehrerer Kabinettsmitglieder aufgedeckt. Die Vorkommnisse erzwangen den Rücktritt von Finanzminister Halstenberg und die vorzeitige Ablösung des Ministerpräsidenten Kühn. Weitere Konsequenz muß noch die Änderung des Sparkassengesetzes sein, wozu ein CDU-Antrag vorliegt.

Im Haushalts- und Finanzausschuß und ebenfalls unter kritischer Würdigung durch den Landesrechnungshof wird auf Betreiben der CDU intensiv geprüft, wie die Landesregierung am fehlerhaften Zustandekommen einer Bürgerschaft für die Beton- und Monierbau AG beteiligt war und das Parlament getäuscht wurde. Eine erste Konsequenz war die Entlassung von Staatssekretär Döring. Die erbitterten Reaktionen von Finanzminister Posser Ende

März 1980 zeigen die berechnete Unruhe und Besorgnis der Regierung.

Durch Einführung der Koop-Schule wollte die Koalition einen ersten Schritt zur sozialistischen Einheitsschule tun. Die CDU unterstützte das Volksbegehren und setzte mit den am Schulleben beteiligten Gruppen die Verhinderung der Koop-Schule durch. Auch dies war – wenn auch außerhalb des Parlaments – ein wichtiger Oppositionserfolg.

Ebenso wurde durch eine Verfassungsklage der CDU die durch ein Koalitionsgesetz unter Verletzung der Hochschulautonomie angestrebte Fach-zu-Fach-Integration der Pädagogischen Hochschulen verhindert. Der Verfahrensablauf führte dazu, daß der Landtag einstimmig das Gesetz novellierte und die Gerichtsentscheidung überflüssig wurde.

Als letztes Beispiel sei erwähnt, daß nach langen Bemühungen der CDU die Mitfinanzierung der Universität Bremen, welchen sich zur unwissenschaftlichen und einseitig roten Kadernschmiede entwickelt hat, durch das Land NRW ein Ende findet. Die Landesregierung sieht sich endlich veranlaßt, den Staatsvertrag nicht mehr zu verlängern.

Diese Fakten zeigen, daß die CDU durch ihre Kontrolltätigkeit in vielen Punkten unsinniges Handeln der Regierenden verhindern und Fehler aufdecken konnte.

### CDU-Fraktion

1975–1980

Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der CDU-Fraktion.

Die CDU legt sachliche Alternativkonzepte in den Lebensfragen unseres Landes vor.

Unser politisches Alternativangebot in der 8. Wahlperiode umfaßte die wichtigen Themenkreise der Landespolitik.

In der Wirtschaftspolitik lag der Schwerpunkt unserer Arbeit aufgrund der Arbeitsmarktlage in NRW (Arbeitslosigkeit über dem Bundesdurchschnitt, im Ruhrgebiet über dem Landesdurchschnitt) beim gezielten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (speziell für besondere Arbeitnehmergruppen wie Jugendliche, Frauen, Ältere).

Da wir in besonderer Weise die Bedeutung des Mittelstandes, seiner Leistungsbereitschaft und Initiative sowie den Wert kleinerer und mittlerer Unternehmen für eine gesunde Betriebsgrößenstruktur und bedarfsgerechte Marktversorgung anerkennen, haben wir uns besonders für die mittelständische Wirtschaft eingesetzt. Kernpunkt ist unsere nach wie vor geltende Forderung nach einem Mittelstandsförderungsgesetz, das alle diesbezüglichen Maßnahmen vereinigt.

Für das Ruhrgebiet hat die CDU schon seit 1966 ständig konkrete Vorschläge zur wirtschaftlichen und strukturellen Sanierung und Modernisierung gemacht. In der 8. Wahlperiode ist umfassendes Kernstück unserer Bemühungen der große Ruhrgebietsantrag (Drs. 8/4427) gewesen, der durch zahlreiche Einzelanträge (so auch bei den Etatberatungen) ergänzt wurde und endlich auch die Regierung zumindest zum Nachdenken gezwungen hat. Nur die CDU-Opposition hat ein einheitliches energiepolitisches Konzept durch Anträge und Anfragen im Parlament verdeutlicht. Im Kohleland NRW gilt für uns zur künftigen Energieversorgung der Leitsatz: Soviel Kohle wie möglich, soviel Kernenergie wie nötig. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wird nur dann günstig verlaufen, wenn langfristig eine preiswerte und sichere Energieversorgung garantiert bleibt. Deswegen sagen wir ein klares Ja zum Einsatz der Kernenergie im Verbund mit der Kohle. Die Sicherung von Gesundheit und lebenswerter Umwelt ist mit dem Einsatz von Kernenergie durchaus vereinbar und unabdingbare Voraussetzung.

Unsere schulpolitischen Alternativen haben fünf Schwerpunkte gesetzt, die die zentralen Themen des Schulwesens aufgreifen: Kampf für eine gegliederte Schule und gegen die Einheitsschule, Stärkung und Gleichberechtigung der Hauptschule, verbesserte Arbeit der Berufsschule, Korrektur der erkannten Fehler bei der Reform der gymnasialen Oberstufe, Bemühung um verfassungskonforme, an der gesellschaftlichen Wirklichkeit orientierte, dem Elternwillen entsprechende und wissenschaftlich fundierte Bildungsinhalte.

Schließlich sei exemplarisch als besonderer Schwerpunkt der CDU-Arbeit die Familienpolitik erwähnt. Für uns steht im Vordergrund die Aufgabe, die Lebensfähigkeit der Familie in der modernen Industriegesellschaft zu sichern und insbesondere für junge und kinderreiche Familien die Unterstützung der Gesamtgesellschaft zu mobilisieren.

Denn die Familie ist für uns das Fundament der menschlichen Gesellschaft; sie kann weder durch den Staat noch durch andere gesellschaftliche Lebensformen ersetzt werden. Ehe und Familie als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft, als Ort der individuellen Geborgenheit und der personalen Solidarität wollen wir schützen und unterstützen. Durch eine Fülle von Parlamentarinitiativen wurde diese familienpolitische Konzeption praktisch umgesetzt.

Natürlich hat die CDU neben diesen Schwerpunktfeldern zu allen wichtigen Fragen der Landespolitik ihre Vorschläge im Landtag vorgetragen und offensiv vertreten. Diese Arbeit, das hochqualifizierte personelle Angebot einer neuen Führungsmannschaft für unser Land und die Reaktionen der Bevölkerung und der Publizistik auf unsere Aussagen geben der CDU für die Entscheidung am 11. Mai eine verdiente und solide Chance!